

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 3

Artikel: Von der ungesunden Hektik, endlich etwas zu tun
Autor: Honegger, Eric
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eric Honegger ist Regierungsrat und Vorsteher der Finanzdirektion des Kantons Zürich.

VON DER UNGESUNDEN HEKTIK, ENDLICH ETWAS ZU TUN

Die Defizite der öffentlichen Haushalte in den neunziger Jahren sind ein ebenso unbestrittenes Faktum wie die gleichzeitige Stagnation der Volkswirtschaft und das stetige Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Finanzpolitiker haben über diese Jahre hin einerseits versucht, die Defizite mittels Ausgabenbeschränkung einzudämmen und andererseits durch moderate Steuerpolitik die Wirtschaft nicht noch mehr zu behindern.

In letzter Zeit häufen sich Stimmen, die bei andauernd schlechter Lage immer lauter jenem Aktivismus das Wort reden, man «solle doch endlich etwas tun». Gemeint ist damit «Ankurbelung der Wirtschaft», «Investitionsbonus», Verabreichen von «positiven Schocks» und Ähnliches. Ich will nicht behaupten, wir «Sparpolitiker» hätten alles getan, was machbar war, und wir hätten es immer konsequent genug getan. Die Töne der hektischen Betriebsamkeit aber bergen beträchtliche Gefahren und setzen den mühsam verfolgten Kurs der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufs Spiel. Nur zu schnell kommt es auch zu einem Hüst und Hott, wo der Pfad kluger und bedarfsgerechter Sparsamkeit zugunsten schneller und effekthaschender Realisierung über den Haufen geworfen wird. Politisch mündet dies nur allzuoft in eine aufwendig erreichte Patt-Situation, in welcher jeder sich die Erfolge gutschreibt und die Misserfolge den andern in die Schuhe schiebt.

Wissenschaftlich fragwürdig und gefährliche Glasperlenspiele sind all jene Versuche, die sich nach Rezepten des «Papa Keynes» (so Ex-SPS-Präsident Bodenmann) aus der Mottekkiste der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre richten. Antizyklische Finanzpolitik und *deficit spending* zeichnen sich in der Theorie durch Allvertrauen in den Staat – bzw. in eine kleine Elite allwissender Technokraten – sowie durch ein generelles Misstrauen in die Unternehmer aus. Ersteres ist naive Illusion, letzteres reine Ideologie. Auch in der Praxis hat sich der sogenannte Keynesianismus kaum bewährt: Allzuoft war er mit Time-lags verbunden und kontraindiziert, gerade auch in der direkten Demokratie. Visiert man dann noch den Konsum an und kombiniert das Ganze mit Umverteilungsmechanismen – etwa Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen –, dann ist das ökonomische, aber auch politische und gesellschaftliche Durch-

einander perfekt und die entsprechenden Flurschäden absehbar.

Es ist allerdings richtig, dass von Seiten der öffentlichen Hand investiert werden muss. Vor allem die Kantone waren darauf bedacht, die Haushaltssanierungen nicht auf Kosten notwendiger Investitionen vorzunehmen, was sich später in Form von Substanzverlust bitter rächen würde. Auch hier ist aber mit Bedacht vorzugehen: Gefordert ist vornehmlich eine Verstärkung der staatlichen Investitionsnachfrage, und dies unabhängig von konjunkturellen Zyklen. Es sollen auch nicht einfach im Bauwirtschaftssektor Ankurbelungsspritzen verabreicht werden, sondern das Schwergewicht der Investitionen muss in produktiven und innovationsschaffenden Bereichen liegen. Ohne eine positive Einstellung zur Innovation, aber auch zur Prozess rationalisierung und Deregulierung der Wirtschaft können diese ohnehin nicht greifen.

Es braucht mithin viel mehr kreatives und privatwirtschaftsorientiertes Unternehmertum – vor allem bei der jungen Generation. Übers Ganze gesehen vermissen wir dies heute vielleicht schmerzlicher als höhere Haushaltseinkommen oder mehr Risikokapital. All die vergleichbaren Staaten, die in den letzten Jahren eine bessere volkswirtschaftliche Performance gehabt haben als wir, haben den Anteil junger, dynamischer Selbständigerwerbender erhöhen können. Selbstverständlich ist es dafür unabdingbar, dass wir von der Sklerose permanenter Besitzstandwahrung und der Verteufelung jeglicher Veränderung endgültig Abstand nehmen. Der Staat kann hier am ehesten mit innovationsfördernden Rahmenbedingungen, allenfalls noch mit gezielter Investition in das Human-Kapital und in die technologische Infrastruktur Unterstützung leisten.

Wir Politiker täten gut daran, besonnen zu bleiben und dem hektischen Aktivismus *tous azimuts* eine klare Absage zu erteilen. Staatsmännische Bewährung zeigt sich vielmehr darin, sich an langfristigen Notwendigkeiten orientieren. Nur mit einer klaren und konsequenten Haltung, die auch der Versuchung widersteht, da und dort kurzfristig ertragsreiche Wahlversprechen und -geschenke zu machen, kann die Politik für die Wirtschaft – das heißt für die Konsumenten und Unternehmer – auf Dauer eine verlässliche und kooperative Partnerin eines kontinuierlichen Wachstums werden. ♦